

**Zeitschrift:** Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes  
**Herausgeber:** Schweizerischer Gewerkschaftsbund  
**Band:** 56 (1964)  
**Heft:** 9

**Artikel:** Auch ein Jubiläum : Schweden 150 Jahre ohne Krieg  
**Autor:** Pöppel, Walter  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-354145>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 06.02.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Wer mit Hilfe einer staatlichen Hypothek eine Liegenschaft baut, untersteht der Mietzinskontrolle. Das Kündigungsrecht soll ähnlichen Beschränkungen unterworfen werden wie sie heute für Altwohnungen gelten.

Die staatliche Hypothek ist unkündbar. (Damit soll vermieden werden, daß jemand zuerst mit Staatshilfe baut und später bei günstigen Zinsbedingungen auf dem Kapitalmarkt die staatliche Hypothek durch eine normale Hypothek ersetzt, um sich der Mietzinskontrolle zu entziehen.)

Die subventionierten Liegenschaften sind grundsätzlich frei verkäuflich. Wird beim Verkauf einer solchen Liegenschaft ein Erlös erzielt, der über der Kaufsumme liegt, so muß dem Staat ein Gewinnanteil ausbezahlt werden, der dem Anteil der Hypothek an den Baukosten entspricht. Die staatliche Hypothek selbst verbleibt auch bei Handänderungen auf der Liegenschaft.

Der Verfasser ist sich bewußt, daß seine Vorschläge nicht mehr sind als ein schlichter Diskussionsbeitrag zu einem Thema, dessen Aktualität von Monat zu Monat steigt: Wie, wo und zu welchem Preis wohnt der Schweizer von morgen? Ein System zinsloser Staatshypotheken ist sicher nicht die einzige, aber zumindest eine mögliche Waffe im Kampf um billige Wohnungen.

*Markus Schelker, Basel*

## Auch ein Jubiläum: Schweden 150 Jahre ohne Krieg

Im folgenden Artikel, den wir den vom Deutschen Gewerkschaftsbund herausgegebenen «Gewerkschaftlichen Monatsheften» (Heft 7, Juli 1964) entnehmen, untersucht *Walter Pöppel*, bis 1933 gewerkschaftlicher und sozialdemokratischer Funktionär in Dresden, seit einem Vierteljahrhundert in Schweden lebend, die Ursachen und Bedingungen, unter denen Schweden seit 150 Jahren außerhalb aller Kriege bleiben konnte. Die Parallelen zu unserem Land sind so in die Augen springend, daß der Artikel unsere Leser sicher interessieren wird.

Im Sommer 1964 sind 150 Jahre vergangen, seitdem Schweden seinen letzten Krieg führte. Außer der Schweiz gibt es kein Land in Europa, das eine gleichlange ununterbrochene Friedensperiode aufweisen kann. War es die geographische Lage des Landes, war es Glück und Zufall, oder war es eine bewußte Politik der schwedischen Regierungen, welche das Land während dieser ganzen Zeit außerhalb aller kriegerischen Verwicklungen Europas hielt?

In der Geschichte und im Leben der Völker ist es immer eine ganze Reihe von Faktoren, welche in ihrem Zusammenwirken den Lauf der Dinge bestimmen. Da jedoch hinter allem gesellschaftlichen

und historischen Geschehen immer wieder Menschen stehen, so ist auch das Resultat der schwedischen Politik nicht nur ein Resultat von Zufällen und geographischen Gegebenheiten, sondern in erster Linie ein Werk des «menschlichen Faktors».

In diesem Zusammenhang ist ein kleiner historischer Ueberblick ganz angebracht. – Die großen Umwälzungen der Französischen Revolution 1789 und der Napoleonischen Kriege waren auch an Schweden nicht spurlos vorübergegangen. Die traditionellen kriegerischen Verwicklungen mit Rußland im Kampf um den Besitz der baltischen Provinzen und Finnlands hatten auch ihre innerpolitischen Rückwirkungen und führten zu politischen Unruhen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten im eigenen Lande. Im Jahre 1792 wurde der damalige schwedische König, Gustav III., der infolge seiner Alleinherrschaft die Unzufriedenheit weiter Kreise des Volkes, vor allem auch des Adels, auf sich gezogen hatte, von einem Offizier ermordet. Sein Nachfolger, Gustav IV., der den Wirren der damaligen Zeit trotz gutem Willen nicht gewachsen war, wurde nach dem unglücklichen Ausgang des Krieges mit Rußland, in dem Schweden seine östlichen Besitzungen verlor, im Jahre 1809 zur Abdankung gezwungen. Er ging in die Emigration in die Schweiz. Sein Nachfolger, ein älterer Onkel, war kinderlos; deshalb war die Frage eines Thronfolgers aktuell.

*Napoleon* befand sich damals noch auf dem Höhepunkt seiner Macht. In Schweden war der Verlust Finnlands noch zu frisch, als daß man ihn hätte verschmerzen können. In dieser Situation fiel die Wahl, nachdem ein schon eingesetzter dänischer Thronfolger schnell starb, auf einen der fähigsten bonapartistischen Generäle, den Schwager Napoleons *Jean-Baptiste Bernadotte*.

Die Teilnahme Schwedens am Krieg gegen Napoleon 1813 und die beiden anschließenden kurzen kriegerischen Unternehmungen gegen Dänemark und Norwegen waren die letzten bewaffneten Konflikte Schwedens mit anderen Ländern. Am Wiener Kongreß verzichtete Schweden offiziell auf alle seine kontinentalen Besitzungen und beendete damit endgültig die schwedische Großmachtpolitik, welche während des Dreißigjährigen Krieges begonnen hatte und eigentlich schon unter *Karl XII.* bei Poltawa im Jahre 1709 zusammengebrochen war.

Mit dem Verzicht auf seine Großmachtstellung und alle außerskandinavischen Besitzungen wurde die hundertfünfzigjährige Friedens- und Neutralitätspolitik eingeleitet, welche Schweden bis heute außerhalb aller Kriege gehalten hat. Damit ist nicht gesagt, daß die schwedische Außenpolitik während dieser ganzen Zeit immer eine bewußt neutrale war. Die Traditionen *Karls XII.*, der ähnlich *Napoleon* und *Hitler* halb Rußland erobert hatte, spukten lange in manchen Köpfen. Daß er mit seinen Eroberungen ebenso wie seine späteren Nachfolger nur seinen eigenen Untergang vorbereitete und

sein Land in unermeßliches Unglück gestürzt hatte, das wollten auch in Schweden viele Heldenverehrer nicht sehen.

Zweifellos kam der schwedischen Neutralitätspolitik die relativ lange Friedensperiode nach dem Wiener Kongreß (1815) zugute. Erst die Krimkriege und vor allem die unglückselige bismarksche Eroberungspolitik beendeten diese europäische Friedensperiode. Als *Bismarck* zusammen mit Oesterreich seinen Krieg gegen Dänemark begann, war auch Schweden nahe daran, seine Neutralitätspolitik aufzugeben. Der schwedische König hatte den Dänen damals schwedische Truppenhilfe versprochen. Die schwedische Regierung akzeptierte jedoch das Abkommen ihres Königs nicht, und so blieb das Land außerhalb dieses Konfliktes.

Während des Krimkrieges, der ja nicht nur im Schwarzen Meer, sondern auch in der Ostsee geführt wurde, gab es Tendenzen, noch einmal das Kriegsbeil gegen Rußland auszugraben. König *Oskar I.* spielte mit dem Gedanken, den englischen und französischen Wünschen auf eine aktive Teilnahme am Kriege nachzugeben. Doch in Schweden bewahrten Reichstag und Regierung immer ihre Selbständigkeit gegenüber dem König, außerdem machte auch in diesem Falle der schnelle Ausgang des Krieges ein Eingreifen illusorisch.

Im Jahre 1905 wurde die Personalunion zwischen Norwegen und Schweden seitens Norwegens aufgelöst. Damals drohte ein bewaffneter Konflikt zwischen beiden Ländern. Doch es siegte die Vernunft. Die entschiedene Haltung der inzwischen erstarkten *schwedischen Arbeiterbewegung*, die zusammen mit dem liberalen Bürgertum für eine Abtretung Norwegens eintrat, war gegenüber der unsicheren Haltung der konservativen Regierung von ausschlaggebender Bedeutung für die friedliche Auflösung der Union.

Schweden stand seit dem Jahre 1814 außerhalb aller Bündnisverträge der europäischen Staaten. In dieser Hinsicht war die vom ersten Bernadotte eingeleitete Außenpolitik schon vor dem Ersten Weltkrieg Tradition geworden und hatte Geschichte gemacht. Dies war von entscheidender Bedeutung bei Ausbruch und während des Ersten Weltkriegs. Damals gab es starke Kräfte, welche ihren Einfluß geltend machten, um Schweden an die Seite Deutschlands mit in den Krieg zu ziehen. Einer der fähigsten und aktivsten prodeutschen Propagandisten war *Sven Hedin*, der damals als Kriegskorrespondent und Gast des deutschen Generalstabs und des Kaisers alle deutschen Fronten bereiste und darüber vielgelesene und spannende Bücher schrieb. Seine Sympathien für das kaiserliche Deutschland übertrug *Sven Hedin* übrigens später auch auf das nazistische Deutschland.

In einem kürzlich erschienenen Buch, «*Tankar om utrikespolitik*» (Gedanken zur Außenpolitik), schreibt *Östen Undén*, der ab 1945 siebzehn Jahre lang die schwedische Außenpolitik leitete: «In Schweden gab es während des Ersten Weltkrieges eine kleine, aber

laute Clique von ‚Aktivisten‘, welche ein mutiges Anschließen an Deutschlands Seite proklamierten, vor allem mit dem Ziel, Finnland zu helfen, sich vom russischen Joch zu befreien.» Eine üble Rolle spielte in diesem Zusammenhang der damalige Deutsche Botschafter, der immer wieder versuchte, auf dem Wege über die in Deutschland geborene Königin und einige andere Vertraute den König gegen den Reichstag und die Regierung auszuspielen. Man muß es dem damaligen König, *Gustav V.*, anrechnen, daß er sich nicht zu diesem Spiel hergab, wofür ihn *Wilhelm II.* in seinen Randbemerkungen als einen «Schlappschwanz» bezeichnete.

Daß das damalige Ränkespiel, Schweden auf deutscher Seite mit in den Krieg zu ziehen, nicht im entferntesten gelang, hatte jedoch noch andere Ursachen. Eine derselben war die Haltung der gesamten Arbeiterbewegung, der *Gewerkschaften* und der *Sozialdemokratischen Partei*, welche mit *Hjalmar Branting* als Hauptwortführer den deutschen Cäsarismus und seine Eroberungspolitik ebenso ablehnte wie den reaktionären russischen Zarismus. Und in dieser Hinsicht stand die Arbeiterbewegung nicht allein; auch die Majorität der übrigen Bevölkerungsschichten hatte ähnliche Auffassungen. Von äußerster Wichtigkeit für die gesamte schwedische Entwicklung ist außerdem, daß die demokratischen Freiheiten in Schweden nie so ausgestorben waren wie zum Beispiel in Deutschland. Adel und Königtum hatten niemals eine solche Machtstellung und Alleinherrschaft ausüben können wie beispielsweise in Preußen. In Schweden und auch in Norwegen gab es niemals eine Leibeigenschaft. Eine Volksvertretung dagegen, wenn auch eine unzulängliche, gab es schon seit dem Jahre 1435, als in Arboga der erste Reichstag zusammentrat. Wenn dieser auch bis zum Jahre 1866 nur ein Ständereichstag war, so waren in ihm doch außer dem Adel und der Priesterschaft auch die Bauern und Bürger vertreten. Dieser Reichstag wahrte seine Rechte auch gegenüber dem König. Noch heute besteht die Tradition fort, daß der König den Reichstag nicht betreten darf.

Vergessen darf man außerdem nicht, daß schon damals, 1914, die hundertjährige Friedenstradition tiefe Wurzeln im Leben des gesamten Volkes geschlagen hatte. Schweden hatte zwar, ebenso wie später und heute, große Sympathien für Deutschland, wohin es wirtschaftlich und kulturell sehr stark tendiert, aber es war immer recht kritisch eingestellt gegenüber der deutschen Politik. Die politischen Bindungen und Sympathien und die Ausrichtung der politischen Systeme waren den parlamentarischen Traditionen Englands und den freiheitlich-demokratischen Amerikas viel näher. Die englische Mentalität des Ausgleichs und des Kompromisses lag den Schweden immer mehr als die deutsche Art des Absoluten und Ausschließlichen, in der die Gegnerschaft gegenüber den Andersdenkenden oft zur Religion und Weltanschauung wird und wo jede Parteispaltung, ja selbst jede Zugehörigkeit zu einer anderen Fraktion, persön-

liche Feindschaft und Diffamierung nach sich ziehen muß und wo die Diffamierung des politischen Gegners noch heute eine Selbstverständlichkeit ist.

Deshalb ist es auch verständlich, daß der Nazismus im «nordischen und germanischen» Schweden keine Massenbewegung werden konnte. Außer bei einer kleinen Clique Unverbesserlicher hatte Nazideutschland bei Ausbruch des Zweiten Weltkrieges keine Sympathien. Auch im Zweiten Weltkrieg blieb Schweden neutral, wenn es diese Neutralität auch mit den fortlaufenden Erzlieferungen an Deutschland erkaufen mußte, obwohl die politischen Sympathien der anderen Seite gehörten. Auch bei dem russischen Ueberfall auf Finnland im November 1939 kurz nach Beginn des Zweiten Weltkrieges bewahrte Schweden offiziell seine Neutralität, obwohl man sofort nicht nur eine umfangreiche humanitäre Hilfsaktion, sondern auch Waffenlieferungen und militärische Freiwilligenverbände für Finnland organisierte. Hier spielte nicht nur die alte Verbundenheit mit Finnland eine Rolle, sondern auch der moralische Faktor des Ueberfalles einer Großmacht auf ein kleines Land. Außerdem waren durch das *Stalin-Hitler*-Bündnis und die vorausgegangene Annexion der baltischen Staaten und die Teilung Polens die beiden Diktaturen gleichgeschaltet, und das Ansehen Rußlands war dadurch auf den Nullpunkt gesunken. Die Regierung vermied jedoch alles, was Schweden offiziell in den Krieg ziehen konnte und ließ sich nicht von Augenblicksstimmungen leiten. Ein aktives Eingreifen Schwedens hätte das Land unweigerlich mit in den Zweiten Weltkrieg hineingezogen und hätte wahrscheinlich bedeutet, daß Finnland seine Unabhängigkeit gänzlich verloren hätte.

Nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges wurde die schwedische Neutralitätspolitik unter *Östin Undén* noch bewußter und fester unterbaut. Diese Politik basiert auf der Ablehnung der Teilnahme an den bestehenden Bündnissystemen. Es gab zwar einige Jahre eine heftige Debatte um den Beitritt zum Atlantikpakt, der von einem Teil der bürgerlichen Parteien befürwortet wurde, doch inzwischen ist die Richtigkeit der sozialdemokratischen Außenpolitik kaum noch umstritten.

Schweden ist nicht abgerüstet, sondern hat eine modern ausgerüstete Armee, die jedoch eindeutig auf Verteidigung eingestellt ist. Außenpolitisch wird die schwedische Neutralitätspolitik durch die territoriale Lage seiner Grenzen, die außerdem an keiner Stelle umstritten sind, begünstigt. Ebenso ist es ein Plus für die schwedische Politik, daß das Land und keine seiner Parteien oder Volksgruppen irgendwelche territorialen Forderungen (auch keine traditionell-historischen) hat oder vertritt. Ebensowenig gibt es nationale Minderheiten als Unruheträger.

Die schwedische Politik der Nachkriegszeit ist in starkem Maße auf die Unterstützung und Verstärkung der *Vereinten Nationen* ein-

gestellt. Ueberhaupt ist die internationale Aktivität und das Interesse an der internationalen Politik in Schweden nicht nur in den politisch-aktiven Parteien, sondern in der gesamten Bevölkerung sehr stark. Schweden hat es auch nicht abgelehnt, im Rahmen der Vereinten Nationen militärische Verbände zur Verfügung zu stellen, so zum Beispiel im Kongo und in Palästina und heute in Zypern. Als Spitzenrepräsentanten für die Vereinten Nationen haben außerdem zwei Schweden ihr Leben opfern müssen: Bei seiner Vermittlungsrolle in Palästina wurde *Graf Bernadotte* im Jahre 1948 ermordet, und während der Kongokrise wurde *Dag Hammarskjöld* Opfer eines mysteriösen Flugzeugabsturzes. Man versucht durch die oben erwähnte aktive Tätigkeit innerhalb der Vereinten Nationen, dazu beizutragen, die internationalen Spannungen zu vermindern und auftauchende Konflikte in Verhandlungsbahnen zu lenken.

In der Zeit nach dem kommunistischen Putsch in der Tschechoslowakei 1948, als die stalinistische Politik auf dem Höhepunkt ihrer Macht war, gab es auch in Schweden starke Kräfte, die ein Eintreten in den Atlantikpakt befürworteten. Unter dem Eindruck der Prager Ereignisse 1948 traten Dänemark und Norwegen dem Atlantikpakt bei, etwas, was in Schweden noch heute als nachteilig empfunden wird. Die Linie *Undéns* und *Erlanders* war die Bildung eines neutralen skandinavischen Blocks, der in seiner Gesamtheit außerhalb der Großmachtgruppierungen bleiben sollte.

Die traditionellen Militärbündnisse gewährleisteten weder in der Vergangenheit Sicherheit und Frieden, noch können sie dies heute tun. Sie bereiteten dagegen oft den Krieg vor und machten ihn erst möglich. Alle diese Bündnisse, und das gilt auch heute für die des Ost- wie des Westblocks, versperren schon in Friedenszeiten die Wege zu besseren Kontakten der «gegeneinander»stehenden Völker und Länder. Bei der «Freund-Feind-Einstellung» übersieht man häufig die großen Wandlungen in der Politik. Sowohl die Innen- wie die Außenpolitik der verschiedensten Länder unterliegen laufenden Veränderungen, auch sie ist immer im Fluß. Zweimal in diesem Jahrhundert standen England, Frankreich und Amerika und Rußland im Kriege gegen Deutschland. Heute ist ein Krieg zwischen den drei ersteren Ländern und Deutschland in den Augen aller eine Utopie. Ist es etwa undenkbar, oder ist es nicht sogar sehr wahrscheinlich, daß das Verhältnis zwischen Amerika und Rußland, die noch nie im Krieg gegeneinander standen, ebenso frei von Kriegsrisiken werden kann, wie es das zwischen Amerika und Deutschland ist? Sehr vieles deutet darauf hin.

Man soll nicht vergessen, daß der Kommunismus Rußlands ebenso große Wandlungen hinter sich hat wie der englische und amerikanische Imperialismus und daß die Unterschiede zwischen dem Rußland der Revolution, dem Rußland Stalins und dem Rußland der Gegenwart kaum geringer sind als die Wandlungen, welche Deutsch-

land in derselben Zeit durchgemacht hat. Die gesellschaftlichen und ökonomischen Verhältnisse ändern sich unaufhörlich, mal schneller, mal langsamer, aber sie bleiben niemals gleich. Schlimmer ist es, wenn die Politiker im Gestern stehenbleiben und mit antiquierten Formeln das Geschehen bestimmen wollen und weder die Probleme der Gegenwart noch der Zukunft begreifen. Die Problemstellung Kapitalismus, Sozialismus oder Kommunismus ist heute auch in vieler Hinsicht veraltet und unzulänglich. Die Struktur Rußlands, Chinas, Kubas oder Jugoslawiens ist mindestens genauso unterschiedlich wie die zwischen den USA/Kanada und den südamerikanischen Staaten oder zwischen Spanien/Portugal und den skandinavischen Staaten und der Schweiz.

Heute hängt das Wohl und Wehe der Menschheit nicht von der Frage Kapitalismus oder Kommunismus ab, sondern davon, ob es möglich ist, die Welt von der Politik der Gewalt und der Geißel des Krieges freizuhalten, gleichgültig ob dieser Krieg mit oder ohne Atomwaffen ausgetragen wird.

Auch Schweden hat seine lange Friedensperiode nicht nur seiner geographischen Lage zu verdanken, sondern in viel stärkerem Maße dem «menschlichen Faktor», der die Politik des Landes bestimmte. Dieser menschliche Faktor bestand nicht nur aus den Regierungen, sondern dazu gehörten viele Gruppierungen, Parteien und auch Einzelpersonen, dazu gehörte ein demokratisches Denken, das in stärkerem Maße eine Selbstverständlichkeit geworden war als in vielen anderen Ländern. Auch für Schweden war es nicht leicht, seine Großmachtpolitik nach einer Reihe von Niederlagen aufzugeben und auf die Wiedergewinnung seiner verlorenen Gebiete zu verzichten, aber dies war die wichtigste Voraussetzung der langen Friedensperiode des Landes.

*Walter Pöppel, Stockholm*